

Leipziger Volk

Hast du dich schon zur Wahlarbeit gemeldet?

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. Behördenlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbst-abböler 1.90 Mark. - Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206 - **Volkstelefon Leipzig Nr. 534 77**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. - **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 - Telefon 72206

Inseratenpreise: Die 10gehalt. Kolonelle 35 Pf., bei Platzvorrat 40 Pf., Stellenangebote 10gehalt. Kolonelle 25 Pf., Familienanzeigen von Privaten die 10gehalt. Kolonelle mit 50% Nachl. Reklamezeile 2 Mk. Inserate v. ausw. die 10gehalt. Kolonelle 40 Pf. bei Platzvorrat, 50 Pf., Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. - Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Voltanhaltenden entgegen

„... und ihr wollt meine Jünger sein?“

Auch eine Lohnstatistik: Wochenlohn des Erzbischofs 750 Mark, seiner Kirchengläubigen 20 bis 25 Mark

Ein Arbeiter an seinen Pfarrer

Am 6. April 1928 schrieb der Pfarrer Rosenheimer in Leonberg an einen Arbeiter, einem einst treuen Schäflein der katholischen Kirche, und ermahnte ihn an die Erfüllung seiner „Pflicht“. Der Pfarrer verwies auf das Hirten Schreiben des „hochwürdigsten Herrn Bischofs“ vom 12. März. Dieses schließt mit den Worten: „Feiert Ostern nicht im alten Sauerteig der Sünde, sondern im ungeäuerten Brote der Reinheit und Wahrheit!“ Darauf erwiderte der Arbeiter, Johann Jgl ist sein Name, dem Herrn Pfarrer das folgende:

Leonberg, den 10. April 1928.

Herrn Pfarrer Rosenheimer, Leonberg.

Auf Ihre Zuschrift vom 6. 4. 1928 will ich folgendes erwidern: Wenn Sie schreiben, Sie haben seit Jahren keinen Ausweis über meine Osterpflicht, so kann ich das zugeben, und es ist auch nicht notwendig. Wenn Sie dann die Worte des Bischofs anführen, daß die frommen sollen, die schon lange im Kündstande sind, so möchte ich da bemerken, daß auch der Herr Bischof kein Nachfolger Christi sein kann;

denn Christus selbst wußte nicht, wo er sein Haupt hinlegen konnte, aber seine Nachfolger beziehen heute Gehälter von jährlich 35 000 Mk. (Faulhaber), Erzbischof von Bamberg 27 000 Mark, die übrigen 18 000 Mk. Faulhaber erhält monatlich 3000 Mk., täglich 100 Mk., bei acht Stunden Arbeit 12,50 Mk. die Stunde, der Erzbischof von Bamberg jährlich 9-10 Mk., die übrigen 6-7 Mk.

Dazu kommen noch kirchliche Einnahmen. Christus sagte doch, gehe hin und verkaufe alles, was du hast. Wer zwei Röcke hat, der gebe dem einen, der keinen hat. Sammle nicht Schätze und Reichtümer, oder leichter geht ein Kamel durch ein Nadelöhr, als daß ein Reicher in den Himmel kommt. Auch sagte er, wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. Heute essen die, die nicht arbeiten, und lassen sich auf Kosten der andern ernähren.

Die also arbeiten, haben nichts zu essen und müssen mit 20 bis 25 Mk. Wochenlohn auskommen.

Wenn man das heutige Christentum anschaut, so kann man von dem alten nichts mehr bemerken. Seine Nachfolger besitzen heute Paläste, und von einer Not ist bei ihnen keine Rede. Durch das selbige Christentum hat sich ein roter Faden gezogen, aber heute gehen sie mit den Kapitalisten einig und bekämpfen die Arbeiterklasse. Nichts habe ich noch gefunden in der Heiligen Schrift, daß es heißt, Geiliche müssen sich mit Politik befassen und in Parlamente gehen und zum Gehalt noch Däten einschleichen und dann Ausnahmegesetze gegen die Arbeiter mitmachen. Auch habe ich den mörderischen Krieg noch nicht vergessen, den wir alle miterlebt haben, wo sich die ganze Geisteswelt von oben bis unten am Volke veründigt hat, nur ihre Oberhirte, der Papst, wollte wiederholt den Frieden anbahnen. Kein Untergebener von ihm schenkte ihm Gehör, im Gegenteil,

wenn Tausende von Menschen auf den Schlachtfeldern tot oder zum Krüppel geschossen wurden, haben die Kirchen Feste gefeiert, mit den Glocken geläutet und haben aus denselben Mordwerkzeuge verfertigt.

Auch haben die Geistlichen zu Kriegsanzleihen aufgefordert, um Menschen morden zu können, während die Kirche lehrt: Du sollst nicht töten! Ja, man ging so weit, aus den Kindern in der Schule Gelder herauszupressen, um ihre eigenen Väter und Brüder töten zu können. Auch wurden auf den Kriegsschauplätzen die schönsten Gotteshäuser zerstört. Alte Leute wurden um ihre Spargroschen gebracht und sind heute auf die Wohlfahrtspflege angewiesen. Von dem alten habe ich nichts gelernt im Religionsunterricht. Wenn jener Jesus nochmal kommen würde, müßte er zwei Geißeln mitbringen und seine Nachfolger aus dem Tempel hinausjagen, oder sie wären die ersten, die ihn kreuzigen würden.

Ich bin bereit, wieder zur Kirche zurückzukehren, wenn das, was Jesus lehrte, auch befolgt wird. Nachdem sich aber die Kirche und ihre Geistlichen mit den Kapitalisten vereinigt haben und nur Staatsdiener sind, so glaube ich, daß ich mehr Religion im Herzen habe, als so mancher Christ. Sollten Sie mit mir nicht einverstanden sein, bin ich auch bereit, mit Ihnen eine Aussprache zu pflegen.
Johann Jgl.

Dieser Briefwechsel stammt nicht etwa aus dem „Lehrerischen“ hochindustriellen Sachsen, noch weniger aber aus dem „Sündenbabel“ Berlin. Leonberg liegt in den württembergischen Landen des ehrwürdigen Herrn Bischofs, eines besonders eifrigen deutsch-nationalen Vorkämpfers für „Christliche Sitten und Kultur“. Was aber der Arbeiter Johann Jgl. schreibt, gilt für die Würdenträger der heutigen Kirche in allen Landen. Dabei ist auch die evangelische Kirche nicht ausgenommen. Also, die jetzt das Evangelium Christi predigen, weigern sich konsequent, als Vorbilder seiner Lehren aufzutreten. Um so mehr sollte jeder Arbeiter, vor allem aber die Frauen, solche Rechnungsaufgaben lösen, wie sie Johann Jgl. in dem Antwortschreiben an den „hochwürdigsten“ Herrn Pfarrer Rosenheimer aufgestellt hat.

Hier nur einige Anhaltspunkte: Das Gehalt des Erzbischofs Faulhaber gleicht dem eines Reichsministers, das er auf Grund der neuen Befolungsordnung erhält. Er bezieht ohne Wohnungsgeld 35 000 Mk. pro Jahr. Der Reichskanzler als oberster Beamter der Republik erhält den Betrag von 45 000 Mk. Den Kanzlern der wilhelminischen Zeit zahlt die Republik infolge des Behaltens der bürgerlichen Mehrheit im Reichstage noch immer den Betrag von 27 600 Mk. pro Jahr. Tirpitz, der Ballenbieger, bezieht 24 900 Mk., und Ludendorff neben allen andern Fußsgeneralen 16 983 Mk. an Pension.

Das aber sind alles nur Taschengelder gegenüber dem, was die „notleidende“ Industrie zu zahlen vermag. Der Generaldirektor eines großen Bergwerks im rheinisch-westfälischen Industriebezirk bezieht im Monat durchschnittlich 10 000 Mark, das sind 120 000 Mk. im Jahr. Die Vereinigte Glanzstoff-Fabrik, einer der bedeutendsten Kunstseidentongerne Deutschlands, zahlte ihren Aufsichtsratsmitgliedern das nette Stimmchen von 680 000 Mark pro Kopf im Jahr, d. h. rund sechzehnmal so viel, als der Reichskanzler, der oberste Beamte der Republik, erhält.

Pfarrer Rosenheimer



... Also keine Unzufriedenheit, lieber Johann. Denn ich der „Erlöser“ sagt: Wahrlich, eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr, denn daß ein Reicher in das Himmelreich kommt.“ Und dort willst du doch hin. Also ...

Glänzender Sieg in England

SPD London, 24. April. (Radio.)

Das Ergebnis der Nachwahlen zum Unterhaus in Hankley (Staffordshire) übertrifft die höchsten Erwartungen der Arbeiterpartei. Ihr Kandidat Hollins wurde mit 15 136 Stimmen gewählt, während nur 6684 Konservativen und 3398 liberale Stimmen abgegeben wurden. Bei den allgemeinen Wahlen im Jahre 1924 brachten die Konservativen allein 12 000 Stimmen auf. Sie haben also die Hälfte ihrer Stimmen verloren.

Der sozialistische Erfolg in Kärnten

SPD Wien, 24. April. (Radio.)

Der Erfolg der Sozialisten bei den Gemeindevahlen vom Sonntag in Kärnten ist noch größer, als man anfänglich annahm. Insgesamt wurden 88 Mandate neu gewonnen und 5 Bürgermeisterämter neu errungen.

Der erste Wahl-Sonntag

Neben den deutschen ist von den französischen Parlamentswahlen als von dem Ereignis gesprochen worden, das eine entscheidende Wendung in der gesellschaftlichen Entwicklung der nächsten Zukunft herbeiführen wird. Fallen die deutschen und die französischen Wahlen „links“ aus, dann ist der Frieden der Welt gesichert. Wenn nicht, nun, dann wird sich eben an den gegebenen Zuständen nicht viel ändern. So und ähnlich ist in den letzten Monaten geschrieben und gesprochen worden. Nun hat Frankreich am vergangenen Sonntag gewählt. Wenn auch das Gesamtergebnis noch nicht vorliegt, so scheint doch festzustehen, daß von „Links“ wählen in dem erhofften Sinne nicht gesprochen werden kann. Die Erfolge der Poincaréisten am ersten Wahlsonntag sind groß, und die 427 Stichwahlen des nächsten Sonntags werden kaum eine erhebliche Stärkung der Sozialisten und der bürgerlichen Linken über den Stand hinaus bringen, den sie in der alten Kammer inne hatten.

Bei den Parteibezeichnungen fällt dem deutschen Leser auf, daß, wie es in Deutschland eine Reihe „Volks“partei gibt, sich in Frankreich alles „links“, „republikanisch“, „demokratisch“ oder „sozialistisch“ nennt. Der letzten Kammer gehörten folgende zehn Gruppen an: Republikanisch-Demokratische Union, Demokraten, Republikanisch-Demokratische Linke, Unabhängige Linke. Diese Parteien stellen die reaktionäre Rechte dar. Es folgen dann als sogenannte bürgerliche Mittelparteien die Republikanische Linke und die Radikale Linke. Links von ihnen stehen die Radikalen und Radikalsozialisten und die Republikanischen Sozialisten. Sie sind Parteien, die kapitalistisch sind, das Privateigentum verteidigen und mit Sozialismus nicht das geringste zu tun haben. Dem gegenwärtigen Regierungsbündel unter der Leitung Poincarés gehören bekanntlich von der Republikanisch-Demokratischen Union bis zu den Republikanischen Sozialisten alle Parteien an. Die wirkliche Linke der letzten Kammer wurde von den Sozialisten und den Kommunisten gebildet.

Unsere französischen Genossen hatten mit einem günstigeren Wahlausfall gerechnet. Nach der bisherigen Feststellung über die abgegebenen Wählerstimmen haben sie etwa 1 650 000 Stimmen erhalten. Das wären einige Zehntausend Stimmen mehr, als bei den Wahlen im Jahre 1919. Die Maiwahlen 1924 lassen sich leider nicht zu einem Vergleich heranziehen, da bei jenen Wahlen die Sozialisten in vielen Bezirken nicht selbständige Listen aufstellten, sondern sich mit den Radikalsozialisten zu einem Wahlkartell vereinigt. Zwischen 1919 und 1928 liegt die Spaltung der Sozialistischen Partei Frankreichs, durch die sie fast an den Ruin gebracht wurde. Von über 150 000 Parteimitgliedern, die sie damals zählte, gingen rund 120 000 zu den Kommunisten oder traten wegen der Spaltung aus der Sozialistischen Partei aus. Nur etwa 30 000 Mitglieder blieben ihr. Es hat viele Jahre gedauert, ehe diese Desorganisation überwunden wurde, was um so schwerer möglich war, als die Kommunisten auch die alte und angehende Pariser Tageszeitung, die Humanité, mitgenommen hatten. Aber die französische Sozialistische Partei hat es doch wieder auf 100 000 Mitglieder gebracht, und sie hat sich auch seit über einem Jahre eine neue Tageszeitung in Paris geschaffen. Ihre günstigen Erwartungen für den Ausfall der Kammerwahlen gründeten sich so zu einem Teil auf den fortschreitenden Ausbau ihrer Organisation. Daß sie die Wählerzahl von 1919 weit hinter sich lassen würden, konnten sie auch deshalb hoffen, weil jene Wahlen zu einem für die Sozialisten außerordentlich ungünstigen Zeitpunkt stattfanden. Damals, unmittelbar nach der Beendigung des Krieges, herrschte in Frankreich wie ja auch in den anderen Siegerstaaten ein Siegestaumel, den die herrschende Klasse geschickt auf die Massen des Volkes zu übertragen verstand. Die Sozialisten widerstehen sich dem Taumel und bekämpften die Fortsetzung der Gewaltpolitik gegen Deutschland, die damals von Poincaré und der ganzen Bourgeoisie betrieben wurde.

Wenn nun trotzdem die Sozialisten nur verhältnismäßig wenig neue Wähler für die rote Fahne gewinnen konnten, so müssen dafür Gründe vorhanden sein. Da ist zuerst zu sagen, daß der Poincaréblock mit äußerster Kraftanstrengung fast ausschließlich gegen die Sozialisten gekämpft hat. Nicht die Kommunisten, sondern die Sozialisten waren sein Hauptfeind. In der angstvollen Meinung, sie durch den direkten Kampf nicht genügend schwächen zu können, bemühte er sich, auf dem Wege über die Regierung durch die Propaganda für die Kommunisten einen stärkeren Erfolg davonzutragen. Wie Keubell in Deutschland mit dem Verbot des Roten Frontkämpferbundes den Kommunisten Wahlhilfe leisten will, so hat die Regierung Poincaré durch Gefängnisurteile und Verhaftungen führender Kommunisten die Position der Mostauer Genossen außerordentlich verbessert. Das ist unbefreitbar, wenn es die Kommunisten auch nicht wahrhaben wollen.

Dazu kommt, daß die Kommunisten in mancher Beziehung eine leichte Agitation gegen die Sozialistische Partei hatten. Die Partei hatte 1924 das Wahlkartell mit der bürgerlichen